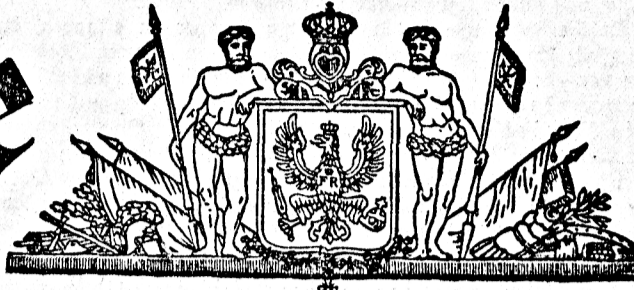


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Belletristik, Für Reise und Wanderung.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich frei ins Haus und durch die Post monatlich 15 Mark. Anzeigen: Zeile 8 Mark und 66 2/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 2 Mark netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW. 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11.800 bis 11.852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postscheckkonto Berlin 660.

Das Ultimatum angenommen.

Große Mehrheit im Reichstag.

Im Reichstag hat sich gestern eine große Mehrheit gefunden, um die neugebildete Regierung zu ermächtigen, das in der Erklärung der alliierten Regierungen vom 5. Mai 1921 geforderte Versprechen abzugeben:

1. ohne Vorbehalt oder Bedingung ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgestellt sind, zu erfüllen;
2. ohne Vorbehalt oder Bedingung die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantien anzunehmen;
3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen zur Militär-, Marine- und Luftabrüstung auszuführen, die der deutschen Regierung von den alliierten Mächten in ihrer Note vom 29. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rückständigen sofort und die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind;
4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Aburteilung der Kriegsverurteilten durchzuführen und die übrigen unerfüllten, im ersten Teile dieser Note erwähnten Vertragsbestimmungen auszuführen.

Damit ist die Voraussetzung weggefallen, unter der die Alliierten anknüpften, am 12. Mai zur Besetzung des Ruhrtales zu schreiten und alle anderen militärischen Maßnahmen zu Wasser und zu Lande zu ergreifen.

*

Das neue Reichskabinett wird unmittelbar nach Schluß der Reichstagsitzung zusammentreten, um den Wortlaut der Note an die Alliierten, in der die Annahme des Ultimatus ausgesprochen wird, zu beraten und zu beschließen. Die Note wird heute vormittag den Botschaftern in London, Paris und Rom zur Übergabe an die Regierungen telegraphisch übermittelt werden.

*

Im Reichstag herrschte gestern in der entscheidenden Stunde allgemein — ohne Unterschied der Partei — das Gefühl der Erleichterung vor. Auch die Parteien, die sich später vor dem Land hinstellen werden, mit der Erklärung, daß sie durch ihr Nein am 10. Mai einen besonders hohen Grad von Tapferkeit bewiesen hätten, waren heilfroh, daß sie nicht in die Lage kommen, die Probe auf das Exempel zu machen.

Auf der Ministerbank nahmen neben Dr. Wirth, der seinem engsten Landsmann im Reichskanzleramt gefolgt ist — der Freiburger Realgymnasialprofessor, dem Freiburger Rechtsanwalt — die alten und die neuen Mitglieder der Reichsregierung Platz, mit Ausnahme des Postministers Giesberts, der abwesend ist. Trotz der vollständigen Aenderung der Parteikonstellation, die durch den Austritt der Deutschen Volkspartei und den Eintritt der Sozialdemokraten erfolgt ist, sieht man meist bekannte Gesichter. Auch der neue Innenminister Dr. Gradnauer hat als sächsischer Ministerpräsident lange genug auf der Bank des Reichsrats gesessen gerade gegenüber dem Ministerpräsidenten, Hermes, Grüner, Brauns, Geßler blieben auf ihren alten Plätzen, und Robert Schmidt, der Sieger über Wisjell, sowie Dr. Schiffer haben nach dem völksparteilichen Zwischenspiel die früheren Rollen wieder übernommen.

Die Regierungserklärung, deren Wortlaut in einer Kabinettsitzung unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags — er verzögerte sich infolgedessen bis gegen neun Uhr — festgesetzt worden war, machte sichtlich einen sympathischen Eindruck. Sie wurde an den Stellen stark durch Beifall unterstrichen, die schlicht, aber wirksam die Gefahr der Ablehnung für den Bestand und die Zukunft des Reichs schilderten. Die Tatsache, daß sich nach allem, was vorausgegangen, in allerletzter Stunde die Männer gefunden haben, die das deutsche Volk nicht führerlos in eine Katastrophe hineintaumeln lassen wollen, konnte nicht ohne Eindruck bleiben auch bei denen, die sich zur Ablehnung entschlossen hatten.

Als eine Regierung des guten Willens stellte sich das Kabinett Wirth vor, und diesen guten Willen zur Leistung und Erfüllung unter schwersten Opfern betonten die Redner der Parteien, die sich zur Koalition zusammengeschlossen haben: Weis für die Sozialdemokraten, Trimborn für das Zentrum und Dr. Haas für die Demokraten. In der formulierten Erklärung, mit der Dr. Stresemann das Nein der Deutschen Volkspartei begründete — es ist bekannt, daß eine Reihe gerade der besten Köpfe der Partei, so Kardorff und Raumer, das Mehrheitsvotum der Fraktion als schweren Fehler empfinden — fiel die Verantwortung auf,

daß „bis zur Stunde“ die Versuche, Zusicherungen für Oberschlesien zu erlangen, kein befriedigendes Ergebnis gehabt hätten. „Bis zur Stunde“ haben die Kräfte in der Deutschen Volkspartei sich als stärker erwiesen, die den Wettbewerb und die Stimmungsgemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei den Notwendigkeiten und Verpflichtungen der verantwortlichen Mitarbeit vorziehen. Da sämtliche Parteien zu Worte kommen sollten, dauerte die Sitzung noch um Mitternacht fort. Das Ergebnis — Zustimmung zu der Annahme des Ultimatus — stand aber von vornherein fest.

J. E.

Das Kabinett Wirth.

Zentrum, Demokraten, Sozialdemokraten.

Das neue Reichskabinett, das gestern um 18 Uhr abends knapp vor Beginn der Plenarsitzung des Reichstages gebildet wurde, setzt sich wie folgt zusammen:

- Reichskanzler und (interimistisch) Außerer:
Dr. Wirth (Zentr.);
Vizekanzler und Schatzministerium: Gustav Bauer (Soz.);
Innerer: Gradnauer (Soz.);
Wirtschaft: Robert Schmidt (Soz.);
Finanzen: (noch unbesetzt);
Justiz: Dr. Schiffer (Dem.);
Reichswehr: Geßler (Dem.);
Arbeit: Dr. Brauns (Str.);
Ernährung: Hermes (Str.);
Verkehr: Grüner (Dem.);
Post: Giesberts (Str.);
Wiederaufbau: noch unbesetzt.

Das neue Reichskabinett stützt sich auf eine neue Koalition, aus der nicht nur die Deutsche Volkspartei, sondern — und das unterscheidet die neue Koalition von der sogenannten „alten“ — auch die Bayerische Volkspartei ausscheidet. Sie ist eine Minderheitsregierung, denn Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten allein verfügen nicht über die Mehrheit im Reichstage, und wird auf die Unterstützung oder wohlwollende Neutralität der Bayerischen Volkspartei und der Unabhängigen angewiesen sein.

Ueber die Verhandlungen, die dieser Lösung vorausgingen, berichten wir an anderer Stelle.

Neuordnung auch in Preußen.

Die neuen Koalitionsverhältnisse im Reiche werden ihre unmittelbare Wirkung in Preußen haben. Da die Sozialdemokraten mit dem Zentrum und den Demokraten gemeinsam das Reichskabinett bildeten, ist es selbstverständlich, daß die gleiche Koalition auch in Preußen zustande kommt. Die Sozialdemokraten haben sehr rasch Gelegenheit gefunden, die Fehler ihrer Politik während der zweiwöchigen preußischen Regierungskrise jetzt wieder gutzumachen.

Eine neue Koalition in Preußen bedeutet auch eine Umgestaltung des Kabinettes, die schon während der gestrigen Verhandlungen im Reichstage in Aussicht genommen worden ist. Das Ministerpräsidentium soll Dr. Stegerwald behalten. In der Verteilung der übrigen Portefeuille aber eine Aenderung so vorgenommen werden, daß Inneres, Kultus und Landwirtschaft mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden. Die früheren Minister Severing, Haenisch und Braun würden damit auf ihre Posten wieder zurückkehren. Dem gegenwärtigen Minister des Innern, Dr. Dominicus, soll das Finanzministerium angeboten werden.

Die Bayerische Volkspartei.

München, 10. Mai.

Die bayerische Volkspartei hat sich für die Ablehnung des Ultimatus entschieden, obwohl, wie es heißt, eines ihrer hervorragendsten Mitglieder lebhaft für die Einigung bei der Regierungsbildung gewirkt hat. Die „Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei“ wendet sich gegen die Annahme, daß die politische Führung in Bayern nur deshalb den Rat der Ablehnung gegeben habe, „weil die Unterzeichnung die Einwohnerehrfrage in ein neues, kritisches Stadium bringe.“ Damit unterschätze man das bayerische Empfinden für die Gesamtheit der deutschen Interessen.

Der Wortlaut der Regierungserklärung.

Die gestrige Reichstagsitzung, die um 9 Uhr abends begann, wurde durch folgende kurze Erklärung des Reichstagspräsidenten Erbe eingeleitet: „Der Reichstag hat sich versammelt, um eine Entscheidung von unabsehbarer Tragweite zu fällen. Indem ich die Sitzung eröffne, gebe ich dem Wunsch Ausdruck, daß unsere Verhandlungen von dem Ernste getragen sein mögen, den die geschichtliche Stunde uns allen gebietet. (Beifall.) Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung.“

Darauf gab Reichskanzler Dr. Wirth folgende Erklärung ab:

„Der Reichspräsident hat mich ersucht, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Ich habe geglaubt, in einer so entscheidend schweren Stunde mich diesem Rufe nicht ver sagen zu dürfen. Die Umstände, unter denen die Regierung gebildet werden mußte, haben es mit sich gebracht, daß nicht alle Ministerien sogleich besetzt werden konnten. Die hierdurch gebotene Ergänzung des Ministeriums soll unter Erwägung aller für die Zusammensetzung des Ministeriums wesentlichen Gesichtspunkte in Angriff genommen werden.“

Unsere Aufgabe in dieser schweren Stunde ist es, die Entscheidung des Reichstages über das Ultimatum der alliierten Regierungen herbeizuführen. In eingehenden Verhandlungen haben Sie, meine Damen und Herren, sich Ihre Meinungen über Inhalt und Bedeutung des Ultimatus gebildet. Im Hinblick auf den Ablauf der Frist muß ich Sie bitten, dieser Ihrer Meinung durch eine unverzügliche Entschließung Ausdruck zu geben. Es bleibt uns keine andere Möglichkeit, als Annahme oder Ablehnung, so hat es der Sieger beschlossen. Ein Ja bedeutet, daß wir uns bereit erklären, die schweren finanziellen Lasten, die man Jahr für Jahr von uns fordert, in freier Arbeit zu tragen, ein Nein wird bedeuten: Zwangsvollstreckung in unsere ganze Volkswirtschaft, Sklavenarbeit unter der Drohung feindlicher Bajonette, würde die Zerreißung unseres so stark geschwächten Wirtschaftskörpers bedeuten, Anbelung des ganzen Erwerbslebens wäre die Folge. Noch ungeheurerlicher könnte sich die Wirkung auswirken für unsere politische Existenz. Für unser Reich steht mehr als Geld und Gut auf dem Spiele. (Zustimmung.) Es handelt sich um die ganze Zukunft unseres hart geprüften deutschen Vaterlandes. Um das Reich und seine Einheit zu retten, Deutschland vor der Gefahr einer feindlichen Invasion zu bewahren, die deutsche Freiheit zu bewahren, ist das deutsche Volk... (Die nächsten Worte gehen in großem Lärm der Kommunisten unter.)

Die deutsche Regierung nimmt aus diesem Grunde das Ultimatum an. (Bewegung.) Wir wissen, daß mit dieser Annahme gewaltige Folgen verknüpft sein werden für die Gestaltung unseres Wirtschaftslebens. Wir wissen vor allem, daß die Wirkungen für die weltwirtschaftliche Eingliederung Deutschlands außerordentlich schwer sein werden. Die Verantwortung für die weltwirtschaftliche Bedeutung des Ultimatus liegt aber bei der Gegenseite. (Sehr richtig!) Unsere Verantwortung erfordert volle Klarheit und volle Aufrichtigkeit. (Bewegung.) Zwecklos wäre es, ein „Ja“ auszusprechen ohne den ernsten und entschlossenen Willen, das Außerste aufzubringen, den uns auferlegten Lasten gerecht zu werden. Nur durch Leistungen, nicht durch Worte, können wir unsere Gegner von der Aufrichtigkeit unseres Willens überzeugen. (Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir müssen aber verlangen, daß eine erträgliche Handhabung der Londoner Beschlüsse im Rahmen unserer Leistungsfähigkeit gesichert wird. (Beifällige Zustimmung.)

Durch die Annahme des Ultimatus beseitigen wir die nahe drohende Besetzung des Ruhrreviers. (Aha! auf der äußersten Rechten und äußersten Linken.) Die Befürchtung, daß — mögen wir unterzeichnen oder nicht — es doch einmal zu der Besetzung kommen wird, findet in dem Ultimatum keine Stütze. (Lachen rechts.) Nach dem Sinn und dem Wortlaut bildet die Abstandsnahme von Sanktionen, insbesondere die Nichtbesetzung des Ruhrgebiets, die Grundlage der Annahme des Ultimatus. (Beifall.) Daß wir bei dieser schicksalsschweren Entscheidung unseren Blick auch auf Oberschlesien richten, bedarf keiner Begründung. Ausschlaggebend muß das Ergebnis der Volksabstimmung sein. (Erneuter Beifall.) Worauf es jetzt ankommt, ist, daß die alliierten Regierungen den von polnischer Seite gemachten Versuch, eine allem Recht hohnsprechende Tatsache zu schaffen, nicht dulden werden, daß auf keinen Fall polnischer Terror unser Recht aus dem Friedensvertrage mit Füßen tritt. Dieser Friedensvertrag, durch den uns, durch den Deutschland und seinem Volke gigantische